



**UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN**

Universitätsbibliothek Paderborn

Rechenschaftsbericht des Rektorats

Universität Paderborn

Paderborn, Nachgewiesen 1983/87 - 1991/92

4.1.2 Frauenförderungspläne

urn:nbn:de:hbz:466:1-8519

gliedschaft in der Hochschule und dem Zentrum vorgesehen, womit zum einen die Trennung zwischen dem studienfachbedingtem Ausbau der Informatik und der Förderung der Spitzenforschung deutlich sichtbar wird und zum anderen einer Vermischung von Mitteln für die allgemeinen Aufgaben in Forschung und Lehre und denen für die Aufgaben des Zentrums entgegengewirkt wird. Daher ist auch nicht beabsichtigt, die noch zu berufenden Professoren und die bereits an der Universität-GH-Paderborn tätigen Wissenschaftler der betroffenen Fächer automatisch in das Zentrum aufzunehmen. Vielmehr soll durch das Kuratorium die Auswahl der besonders herausragenden Arbeitsgruppen und Wissenschaftler erfolgen. Dabei muß Exzellenz eindeutig Vorrang vor anderen Kriterien haben.

Die Beratungen über Aufgaben und Stellung des Kuratoriums sind bereits in einem fortgeschrittenen Stadium. Die Bereitschaft des Bundes, die Anstrengungen in Paderborn zu unterstützen, dürfte der baldigen Realisierung förderlich sein.

4.1.2 Frauenförderungspläne

Am 18. Juli 1986 hat das Rektorat auf Vorschlag der Mitgliedergruppen vier Frauen in eine sogenannte Findungskommission berufen.

Die Findungskommission hat die Aufgabe, ein Konzept für die Position einer Frauenbeauftragten der Hochschule und die institutionellen

Rahmenbedingungen zu entwickeln und auf dieser Grundlage Personalvorschläge zu erarbeiten. Das Rektorat hat darum gebeten, weitere Frauen in die Arbeit einzubeziehen, um dem Konzept und den Personalvorschlägen eine möglichst breite Basis zu sichern.

Diese Aktion ist Ergebnis der Diskussion über die Entschließung des Landtages Nordrhein-Westfalen "zur Situation der Frauen in NRW" und über das "Frauenförderungskonzept" der Landesregierung. Ziel ist die weitere Verbesserung der beruflichen Situation der weiblichen Beschäftigten im öffentlichen Dienst, auch beeinflusst durch die Rede von Frau Ministerin Brunn zum Thema "Frauen im Hochschulbereich". Ein konkretes Ergebnis zur Umfeldverbesserung liegt in Gestalt des Senatsbeschlusses vom 16.7.1986 betreffend einen "Frauen einbeziehenden Sprachgebrauch" vor, denn damit soll sichergestellt werden, daß in Studien- und Prüfungsordnungen und sonstigen Schriftstücken eine sprachliche Diskriminierung von Frauen unterbleibt.